

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung durch den Bundeskanzler

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ist tief betroffen darüber, daß eine kriegsrische Eskalation am Golf nicht durch politische Lösungen verhindert worden ist. Er betrauert die Opfer dieser militärischen Auseinandersetzung.

Der Deutsche Bundestag weiß sich darin eins mit den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Betroffenheit in Demonstrationen und Kundgebungen, in Mahnwachen und Gebeten zum Ausdruck bringen. Er teilt ihre Sorgen einer weiteren Eskalation der Kriegshandlung.

2. Die Diplomatie hat keine ausreichende Chance erhalten, diesen Krieg zu verhindern. Wir bedauern, daß den Sanktionen gegen den Irak nicht die erforderliche Zeit gegeben worden ist, um sich voll auszuwirken. Um so mehr sind jetzt politische Lösungen zur Beendigung des Krieges dringend geboten.
3. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Beteiligten, die Kriegshandlungen einzustellen und fordert die irakische Führung auf, sofort mit dem Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait zu beginnen. Er appelliert an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, alles nur Mögliche zur Beendigung der Kriegshandlungen zu unternehmen. Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft sind aufgefordert, mit diesem Ziel initiativ zu werden.

Die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga und der Blockfreien sind aufgerufen, erneut zu prüfen, welche ernststen Beiträge sie zu einer regionalen Überwindung des Konflikts leisten können.

4. Der Deutsche Bundestag unterstützt weiterhin den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten Mitterrand für eine politische Konfliktlösung im Nahen Osten. Jetzt muß der Weg zu einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten geebnet werden. Eine internationale Nahost-Konferenz ist dafür ein geeignetes Mittel.
5. Eine solche Friedensordnung wird nur von Dauer sein, wenn der Belieferung der Staaten des Nahen Ostens mit Kriegswaf-

fen, Rüstungsgütern und militärischem Know-how ein Riegel vorgeschoben wird. Die Bundesregierung muß aus ihren schweren Versäumnissen und Unterlassungen in der Waffenexportpolitik der letzten Jahre endlich eine Lehre ziehen.

6. Es gibt keinerlei Anzeichen für einen Angriff des Iraks auf einen Mitgliedstaat der NATO und damit für den Eintritt des Bündnisfalles.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt aber gerade in der gegenwärtigen Situation, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nach dem demokratisch-parlamentarischen Grundprinzip unserer Verfassung Sache des Deutschen Bundestages ist. Das gilt bereits für die Feststellung, ob der Bündnisfall gegeben ist.

Bonn, den 17. Januar 1991

Dr. Vogel und Fraktion